



<https://t1p.de/zqnk>

Proteste in Myanmar

Nachrichtenüberblick vom 11.03.2021 bis 15.03.2021



<https://t1p.de/nij1>



<https://t1p.de/mtr>

Inhaltsverzeichnis

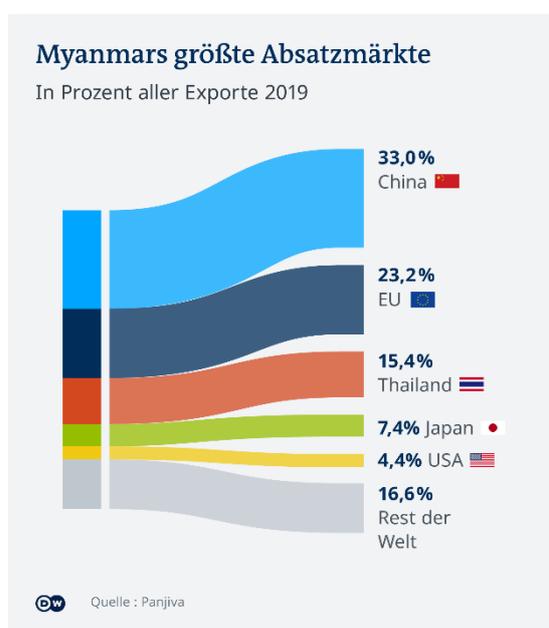
1. Überblick	3
2. Nachrichtenüberblick.....	5
2.1 Artikel vom 11.03.2021	5
2.2 Artikel vom 12.03.2021.....	9
2.3 Artikel vom 13.03.2021.....	12
2.4 Artikel vom 14.03.2021.....	16
2.5 Artikel vom 15.03.2021.....	20
3. Diskussionsfrage und Statement.....	27
4. Quellenangaben.....	28

1. Überblick

Land	Myanmar
ehemaliger Name	Burma/Birma
Lage	(Südost-) Asien
Hauptstadt	Nay Pyi Taw
einwohnerreichste Stadt	Yangon
Fläche	676.578 km ²
Einwohner	ca. 54 Millionen
Landessprache	birmanisch
Religion	ca. 89% Theravada-Buddhisten
Unabhängigkeit	seit 1948 von Großbritannien
Regierung	- meist Militär - seit 2015 NLD (demokratische Partei)
Bodenschätze	- Edelsteine wie Jade, Rubin und Saphir - Gold - Erdöl und -gas
aktuelle Wirtschaftslage	- leichte Inflation (5,9%) - 50% Ausgaben des Staatsbudgets durch Militär, Polizei und Geheimdienste
finanzielle Lage	ärmstes Land Südostasiens



<https://t1p.de/dk2x>



Wirtschaft

<https://t1p.de/95gg>



<https://t1p.de/dzrr>



Religion

<https://t1p.de/uoj4>



<https://t1p.de/dk2x>

Eine der wichtigsten Akteure in Myanmar ist zurzeit Aung San Suu Kyi. Sie machte sich bereits in den 1990er für die Wiederherstellung der Demokratie in ihrem Heimatland stark und bekam 1991 den Friedensnobelpreis.

Im Dezember letzten Jahres wurde sie mit ihrer Partei (NLD) an die Spitze gewählt.

Am 1. Februar 2021 kam es zum Militär-Putsch unter General Min Aung Hlaing, da Aung San Suu Kyi Wahlbetrug vorgeworfen wurde. Nun ist das Militär in Myanmar wieder an der Macht und hat einen einjährigen Ausnahmezustand ausgerufen. Die Friedensnobelträgerin wurde neben anderen Mitgliedern ihrer Partei festgenommen. Gegen sie laufen Anklagen wie Besitz illegaler Walkie-Talkies und Verletzung der Covid-19-Beschränkungen im Wahlkampf des letzten Jahres.



<https://t1p.de/46vt>



<https://t1p.de/77m1>

Nun gehen seit diesem Tag die Menschen (vor allem Lehrer*innen, Anwält*innen, Student*innen, Bank- und Regierungsangestellte) auf die Straße und protestieren für die Anerkennung des Wahlsieges. Mittlerweile sind die Proteste seitens des Militärs blutig geworden.

BBC (Internet)



<https://t1p.de/qprd>

2. Nachrichtenüberblick

2.1 Artikel vom 11.03.2021

PROTESTE IN MYANMAR:

Polizei streckt Demonstranten offenbar **per Kopfschuss** nieder

AKTUALISIERT AM 11.03.2021-10:05



Die Proteste in dem südostasiatischen Land reißen nicht ab. **Wieder** schießen Sicherheitskräfte mit scharfer Munition – offenbar gezielt auf Menschen.

In Myanmar sind bei Protesten in mehreren Städten **sieben Menschen getötet** worden. In Myaing im Zentrum des Landes seien sechs Demonstranten ums Leben gekommen, berichtete ein Augenzeuge der Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag per Telefon. Sicherheitskräfte hätten auf die Demonstranten geschossen. „Wir haben friedlich demonstriert“, sagte der Augenzeuge. „Ich kann nicht glauben, dass sie das getan haben.“ Ein Angehöriger der Rettungskräfte bestätigte, dass es sich um sechs Todesopfer handele. In sozialen Netzwerken veröffentlichte Fotos zeigten blutüberströmte Leichen. Die meisten waren mit **gezielten Kopfschüssen** niedergestreckt worden.

Zudem sei in Yangon, der Wirtschaftsmetropole des Landes, ein Demonstrant getötet worden, berichteten örtliche Medien. Im Stadtteil Nord Dagon hätten sich zahlreiche Menschen versammelt, um **gegen den Putsch** am 1. Februar und **für die Rückkehr zur Demokratie** zu demonstrieren. „Wir waren etwa 100 Teilnehmer. In vorderster Reihe standen Demonstranten mit selbst angefertigten Schutzschildern“, sagte ein Augenzeuge der Deutschen Nachrichten-Agentur. „Das Militär hat direkt auf sie gezielt.“ Es habe auch zwei Verletzte gegeben.

Seit das Militär die Macht an sich gerissen und die zivile Regierung abgesetzt hat, kommt es praktisch **täglich** zu **Massendemonstrationen**. Nach Angaben der **Gefangenenhilfsorganisation AAPP** wurden bereits mehr als **60 Menschen getötet** und rund **2000 festgenommen**. Unter den Festgenommenen ist auch die bisherige De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi.

Der **UN-Sicherheitsrat** hatte am Mittwoch in einer kurzfristig anberaumten Sitzung die **Gewalt verurteilt**. Alle Festgenommenen müssten sofort wieder freigelassen werden, forderte das Gremium in einer Stellungnahme. Das Militär forderten die UN zur „äußersten Zurückhaltung“ auf. Die Situation werde **weiter genau beobachtet**, kündigten die 15 Mitglieder an.

Frankfurter Allgemeine (Internet)

Zusammenfassung

In dem Artikel wird über die wiederholte Gewalt seitens der Polizei mit sieben Todesopfern beschrieben. Todesursache sei eine Hinrichtung per Kopfschuss. Bei den fast täglichen Demonstrationen für die Wiederkehr Suu Kyis seien laut Gefangenenhilfsorganisation AAPP bereits 60 Menschen getötet und 2.000 festgenommen worden. Der UN-Sicherheitsrat droht, die Situation weiter genauestens zu beobachten.

Proteste in Myanmar

Wieder Gewalt und wieder Tote

Stand: 11.03.2021 14:29 Uhr



In Myanmar reißen die Proteste gegen die Junta¹ nicht ab. Die Sicherheitskräfte haben erneut auf Demonstranten geschossen, mehrere Menschen wurden getötet. Das Militär erhob derweil neue Vorwürfe gegen die abgesetzte De-Facto-Regierungschefin Suu Kyi.

Sicherheitskräfte haben in Myanmar Augenzeugen zufolge erneut mit scharfer Munition auf **Demonstranten** geschossen und mehrere Menschen **getötet**.

In der Gemeinde Myaing im Zentrum des Landes habe eine Gruppe Menschen vor einer Polizeistation protestiert, um die Freilassung von drei zuvor festgenommenen Mitbürgern zu fordern, sagte ein Augenzeuge der Nachrichtenagentur dpa. "Die Polizei hat zunächst mit Tränengas und Gummigeschossen gezielt und dann scharf geschossen", so der Mann. "Sechs Menschen sind gestorben, darunter einer meiner Freunde."

"Militär hat direkt auf sie gezielt"

Auch in der Gemeinde North Dagon im östlichen Teil von Yangon starb mindestens ein Demonstrant. "Wir waren etwa 100 Teilnehmer. In vorderster Reihe standen Demonstranten mit selbst angefertigten Schutzschilden", sagte der Augenzeuge Kyaw Kyaw Win. "Das Militär hat **direkt auf sie gezielt**." Es habe auch zwei Verletzte gegeben, so der Mann weiter. Auch in Mandalay, Bago und Taungoo gab es jeweils einen Toten.

Das Militär bekräftigte, es werde nur für eine bestimmte Zeit an der Macht bleiben. "Wir werden eine Wahl abhalten, und dann werden wir die Regierungsgeschäfte an die Siegerpartei übergeben", sagte Brigadegeneral Zaw Min Tun, der als Sprecher der Militärregierung fungiert, in der Hauptstadt Naypyitaw.

Junta beschuldigt Suu Kyi der Korruption²

Seit dem Putsch des Militärs von Anfang Februar gibt es in dem südostasiatischen Land **täglich Massenproteste gegen die Generäle**. Die Demonstranten fordern die **Freilassung der**

¹ Junta = Militär in Myanmar

² Korruption = Bestechlichkeit, Käuflichkeit

entmachteten und festgesetzten de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi sowie die Wiedereinsetzung ihrer gewählten Regierung.

Unterdessen hat die Junta weitere Vorwürfe gegen Suu Kyi erhoben: Diese soll angeblich in korrupte Geldgeschäfte verwickelt sein. Suu Kyi habe illegal Gold und eine Summe von 600.000 US-Dollar angenommen, erklärte der Junta-Sprecher Zaw Min Tun. Die Anti-Korruptionskommission sei eingeschaltet.

Amnesty: "Offenbar systematisch tödliche Gewalt"

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International erklärte, sie sei nach der Auswertung von mehr als 50 Videos zu dem Schluss gekommen, dass die Sicherheitskräfte offenbar systematisch tödliche Gewalt anwendeten. Das Militär setze im ganzen Land zunehmend Waffen gegen die Bevölkerung ein, die normalerweise auf dem Schlachtfeld genutzt würden. "Viele der dokumentierten Morde sind außergerichtliche Hinrichtungen", urteilte Amnesty. Selbst unbeteiligte Beobachterinnen und Beobachter würden ins Visier genommen.

UN verurteilt Gewalt scharf

Auch der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Gewalt scharf. Alle Festgenommenen müssten sofort wieder freigelassen werden, forderte das Gremium³ in einer bei einer kurzfristig angesetzten Sitzung am Mittwoch (Ortszeit) verabschiedeten Stellungnahme. Der Rat forderte das Militär zur "äußersten Zurückhaltung" auf. Die Situation werde weiter genau beobachtet, kündigten die 15 Mitglieder an.

Schätzungen der Gefangenenhilfsorganisation AAPP zufolge wurden seit Beginn der Proteste mehr als 60 Menschen getötet und rund 2000 festgenommen. Unter den Festgenommenen ist auch Suu Kyi.

Tagesschau (Internet)

Zusammenfassung

Es geht um die wiederholte und zunehmend gezielt ausgeübte Gewalt seitens der Junta gegenüber den Demonstranten. Laut Schätzungen der Gefangenenhilfsorganisation seien bereits 60 Menschen getötet und ca. 2.000 inhaftiert worden. Während Amnesty diese Vorgehensweise als „systematische tödliche Gewalt“ bewertet, verurteilt der UN-Sicherheitsrat diese scharf und kündigt Beobachtungen an. Das Militär in Myanmar rechtfertigt den Einsatz von Waffen mit korrupten Geldgeschäften seitens Suu Kyi.

³ zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe berufene Fachleute
Sozialkunde

2.2 Artikel vom 12.03.2021

Wieder Proteste in Myanmar - **Südkorea stoppt militärische Zusammenarbeit**

By Reuters Staff



Demonstrators stand behind makeshift shields during an anti-coup protest in Yangon, Myanmar, March 12, 2021. REUTERS/Stringer

(Reuters) - In Myanmar sind auch am Freitag wieder Gegner der Militärjunta auf die Straße gegangen.

In der größten Stadt Yangon sowie **zahlreichen** anderen **Städten** versammelten sich **Gegner der Armeemachthaber**, wie in Videos und Fotos von Augenzeugen und Aktivisten zu sehen war, die im Internet veröffentlicht wurden. Zunächst gab es keine Berichte über Zusammenstöße. Am Donnerstag waren nach Angaben von Bürgerrechtlern bei Protesten zwölf Menschen getötet worden. Der **Hilfsorganisation für politische Gefangene AAPP** zufolge sind damit **mehr als 70 Menschen** seit Beginn der Demonstrationen gegen den Militärputsch am 1. Mai **ums Leben gekommen**.

Südkorea kündigte an, die militärische Zusammenarbeit mit Myanmar auszusetzen und die **Entwicklungshilfe** für das Land zu **überdenken**. Die **Zahl der Opfer** in Myanmar wegen des gewaltsamen Vorgehens des Militärs und der Polizei **steige**, trotz der wiederholten Forderungen der internationalen Gemeinschaft, Zurückhaltung zu üben, teilte das Außenministerium in Seoul mit.

Reuters (Internet)

Zusammenfassung

Südkorea kündigt aufgrund der andauernden gewaltsamen Übergriffe auf die Gegner der Armeemachthaber an, seine militärische Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe zu überdenken. Die Hilfsorganisation für politische Gefangene AAPP erklärt, dass bereits mehr als 70 Menschen getötet worden sind.

Myanmar: Tausende bei Nachtwache in Yangon - trotz Ausgangssperre

- In vielen Teilen von Myanmar haben nach Einbruch der Dunkelheit wieder Kundgebungen stattgefunden.
- Trotz einer nächtlichen Ausgangssperre protestieren zahlreiche Menschen gegen die Militärjunta.
- Währenddessen stoppt Südkorea die Exporte von Militärgütern nach Myanmar.

12.03.2021, 17:54 Uhr



Yangon. Trotz einer nächtlichen Ausgangssperre sind am Freitagabend (Ortszeit) in Myanmar zahlreiche Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Militärjunta zu protestieren.

Im Viertel Hledan in der ehemaligen Hauptstadt Yangon (früher: Rangun) hätten sich Tausende Menschen mit Kerzen zu einer Nachtwache versammelt, berichteten die Zeitung „The Irrawaddy“ und andere lokale Medien. Viele hielten wieder Plakate in den Händen, auf denen sie die Freilassung der entmachteten und festgesetzten Regierungschefin Aung San Suu Kyi forderten.

„Wir sind heute Nacht hier, um friedlich zu protestieren und für die Toten der Revolution nach dem Militärputsch zu beten“, sagte der Demonstrant Nyi Min der Deutschen Presse-Agentur. „Wir wollen Gerechtigkeit und wir wollen Frieden, und wir werden eine solch grausame Diktatur in Myanmar niemals akzeptieren“, so der 36-Jährige.

Auch in vielen anderen Teilen des südostasiatischen Landes fanden nach Einbruch der Dunkelheit Kundgebungen statt. Zunächst blieb es weitgehend friedlich.

Die Bewegung der zivilen Ungehorsams (CDL), die den Widerstand organisiert, twitterte: „Die Menschen versammeln sich jetzt in Hledan, Yangon, trotz der Gefahr massiver Razzien und Gewalt.“ Die Menschen zeigten große Widerstandsfähigkeit und viel Mut „angesichts barbarischer Brutalität und extremer Gewalt“. Die Bewegung forderte die Internationale Gemeinschaft erneut auf, dem Land zu helfen.

Im früheren Birma hatte sich das Militär am 1. Februar an die Macht geputscht. Seitdem gibt es immer wieder Massenproteste. Jedoch fanden diese bislang meist tagsüber statt. Zuletzt hatten Polizei und Armee mit zunehmender Brutalität reagiert. Dutzende Menschen wurden bereits erschossen und viele weitere verletzt.

Südkorea stoppt Exporte von Militärgütern nach Myanmar

Südkorea stoppt währenddessen eigenen Angaben zufolge als Antwort auf das gewaltsame Vorgehen der Militärjunta gegen Proteste in Myanmar den Export von Militärgütern in das südostasiatische Land.

Auch kündigte das Außenministerium in Seoul am Freitag an, die Ausfuhr von Gütern streng zu kontrollieren, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind. Der Austausch mit Myanmar im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich werde ebenfalls ausgesetzt. Das Ministerium betonte, dass seit Anfang 2019 keine Waffen mehr nach Myanmar geliefert worden seien.

„Entgegen wiederholter Aufrufe der internationalen Gemeinschaft einschließlich der koreanischen Regierung führte der Einsatz von Gewalt durch das Militär und die Polizeikräfte Myanmars zu zahlreichen Opfern“, hieß es in der Erklärung des Ministeriums.

Als weitere Maßnahme will Seoul jetzt zudem die Entwicklungshilfe für Myanmar überdenken. Die humanitäre Hilfe soll jedoch fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll die Aufenthaltserlaubnis für Staatsbürger Myanmars, die in Südkorea leben, verlängert werden können, bis sich die Lage in ihrem Land nach dem Putsch wieder stabilisiert hat.

Der Nationale Sicherheitsrat Südkoreas hatte am Donnerstag die Unterdrückung der Proteste in Myanmar verurteilt. Südkoreas Handelsbeziehungen mit Myanmar sind unter anderem durch ein Freihandelsabkommen mit der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (Asean) geregelt. Myanmar gehört zu den Asean-Mitgliedern.

RND/dpa (Internet)

Zusammenfassung

Zum allerersten Mal wurden die Demonstrationen nicht am Tag von der Bewegung des zivilen Ungehorsams organisiert. Friedlich haben die Bewohner Myanmars Nachtwache gehalten, auch um an die Verstorbenen der letzten Tage zu gedenken. Zeitgleich stoppt Südkorea seinen militärischen Austausch mit dem Land, leistet allerdings weiterhin humanitäre Hilfe und erlaubt Staatsbürgern aus Myanmar sich länger in Südkorea auf zu halten. Denn das Land hatte am Donnerstag die Militärjunta verurteilt.

2.3 Artikel vom 13.03.2021

Myanmar: "Sie töten ihr eigenes Volk"

Bei neuen Protesten in Myanmar sind mehrere Menschen getötet worden. Die Deutsche Botschaft im ehemaligen Birma hat umgehenden Zugang zu dem festgenommenen polnischen Journalisten Robert Bociaga gefordert.



Demonstranten auf der Flucht vor den Sicherheitskräften in Mandalay

In mehreren Stadtvierteln von Yangon gab es gewaltsame Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Anwohnern, die gegen nächtliche Patrouillen und Festnahmen protestierten. Zwei Demonstranten sind im Bezirk Tharketa in der Wirtschaftsmetropole durch Schüsse der Polizei ums Leben gekommen, wie einheimische Medien berichteten. Laut "DVB News" eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer auf eine Menschenmenge, die sich vor der Polizeistation in Tharketa versammelt hatte, um die Freilassung der Inhaftierten zu fordern. Es gab noch weitere Berichte über Todesopfer in anderen Landesteilen.

Journalist festgenommen

Die Aktivistin Phyu Phyu Thaw beschrieb der Deutschen Welle (DW) "eine sehr gefährliche Situation", in der die Militärjunta "ihr eigenes Volk tötet." "Sie schießen, sie schlagen Menschen, sie verhaften Menschen", sagte sie der DW. Thaw schilderte, wie die Polizei am Samstagnachmittag ausgerüstet mit Waffen und Tränengas zu einer Demonstration in Yangong kam.

"Sie feuerten Tränengas und Rauchbomben ab und dann verhaften sie die Leute. Sie packen die Menschen einfach und schlagen sie - sie schlagen die Leute so brutal... Ich habe Menschen blutend auf der Straße gesehen", sagte sie im Gespräch mit der DW.



Robert Bociaga, ein polnischer Journalist, der für die Deutsche Presse-Agentur in Myanmar tätig ist

Nach der Festnahme eines Journalisten, der für die Deutsche Presse-Agentur (dpa) gearbeitet hat, sucht die Deutsche Botschaft sofortige Aufklärung und hat umgehenden Zugang zu dem polnischen Berichterstatter Robert Bociaga gefordert. Die **Diplomaten riefen** die Behörden zu einer **"fairen und menschlichen Behandlung" des Reporters auf**, wie es in einer auf Facebook veröffentlichten Mitteilung hieß. Der Journalist war am Donnerstag nach übereinstimmenden Medienberichten in Taunggyi im Zentrum des früheren Birma von Einsatzkräften festgenommen worden.

Deutschland vertritt Polen

Deutschland vertritt in dem Land auch die konsularischen Interessen polnischer Staatsbürger. **Polen hat keine eigene Botschaft** in Myanmar. **Bei der Festnahme** soll der 30-Jährige auch **geschlagen und verletzt** worden sein, wie ein Reporter von "Khit Thit Media" auf Facebook berichtete. Auf Fotos war zu sehen, wie Bociaga von etwa einem **Dutzend Uniformierter umzingelt** wurde und vor einer Wand schützend die Hände über sich hielt.



Der Protest in Myanmar - hier Demonstranten in Mandalay - reißt nicht ab

Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Gyde Jensen, forderte die Bundesregierung auf, sich für die Freilassung des Mannes einzusetzen. Bundesaußenminister Heiko Maas müsse jetzt umgehend und in enger Absprache mit den europäischen Partnern das Militärregime in Myanmar zur sofortigen Freilassung von Robert Bociaga auffordern, sagte die FDP-Politikerin.

Polen bemüht sich um Kontakt

Eine Sprecherin des Auswärtigen Amts hatte am Freitag in Berlin gesagt, der Fall sei bekannt und man bemühe sich um konsularische Betreuung. Das polnische Außenministerium erklärte, es würden alle Anstrengungen unternommen, um Kontakt zu dem Inhaftierten aufzunehmen, um ihm zu helfen.

Seit das Militär Anfang Februar die Macht an sich gerissen und die zivile Regierung abgesetzt hat, gibt es praktisch täglich Massendemonstrationen. Bei den Protesten werden auch die Freilassung und Wiedereinsetzung der gestürzten De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi gefordert.

dpa (Internet)

Zusammenfassung

Das polnische Außenministerium arbeitet mit der BRD zusammen für eine Kontaktaufnahme und Freilassung des gewaltsam inhaftierten polnischen Journalisten. Dieser beschuldigte die Junta, ihr eigenes Volk zu töten. Auch der Bundestagsausschuss für Menschenrechte forderte die BRD auf, Polen zu unterstützen. Dies ist nicht zuletzt notwendig, da Polen keine eigene Botschaft vor Ort besitzt und der Journalist auch für die deutsche Redaktion dpa tätig war.

Myanmar

Erneut Tote bei Demonstration

13. März 2021



Polizisten in Yangon stellen sich den Demonstranten entgegen. (AP)

In Myanmar sind bei Protesten gegen die Militärmachthaber weitere Demonstranten getötet worden.

In Mandalay sowie in der Stadt Pyay seien insgesamt vier Menschen durch Schüsse der Polizei ums Leben gekommen, hieß es in örtlichen Medienberichten. Zuvor hatte es geheißen, auch in Yangon habe es zwei Tote gegeben. Seit die Armee Anfang Februar die Macht an sich gerissen und die zivile Regierung abgesetzt hat, kommt es praktisch täglich zu Massenkundgebungen in Myanmar. Die Menschen verlangen die Wiedereinsetzung der gestürzten Regierungschefin Aung San Suu Kyi.

Die Botschaft der Bundesrepublik in Myanmar forderte den umgehenden Zugang zu einem festgenommenen polnischen Journalisten, der auch für die Deutsche Presse-Agentur arbeitet. Er soll bei seiner Verhaftung geschlagen und verletzt worden sein. Deutschland vertritt in dem südostasiatischen Land die konsularischen Interessen polnischer Staatsbürger. Warschau hat keine eigene Botschaft in Myanmar.

Deutschlandfunk (Internet)

Zusammenfassung

Wieder wird über neue Massenkundgebungen und Tote berichtet. Zudem setzt Deutschland sich im Namen Polens für einen gewaltsam festgenommenen polnischen Journalisten ein. Denn Polen hat keine eigene Botschaft in Myanmar.

2.4 Artikel vom 14.03.2021

NACH DEM PUTSCH IN MYANMAR:

Der **Widerstand** organisiert sich **im Untergrund**

VON TILL FÄHNDERS, SINGAPUR
14.03.2021-17:27



Sechs Wochen nach dem Militärputsch in Myanmar nimmt eine zivile Gegenregierung aus entmachteten Abgeordneten Gestalt an. Auf den Straßen fließt weiter das Blut.

Zu nicht weniger als einer „**Revolution**“ **gegen das Militärregime** hat der Chef einer Untergrundregierung in Myanmar aufgerufen. Der **frühere Parlamentssprecher** Mahn Win Khaing Than war in der vergangenen Woche von einer Gruppe **durch das Militär entmachteter Abgeordneter** zum **Vizepräsidenten** ernannt worden. Er soll die rechtmäßig gewählten Parlamentarier, von denen viele in Haft sitzen, als Regierungschef vertreten. Dabei übernimmt er theoretisch Funktionen, die der Präsident Win Myint und die Staatsrätin Aung San Suu Kyi bis zu ihrer Festnahme am 1. Februar durch das Militär ausgeführt hatten.

Am Samstag wandte er sich nun zum ersten Mal per Video an das Volk: „Dies ist die dunkelste Zeit für unsere Nation und der Moment, in dem der Tagesanbruch naht“, sagte er in seiner Ansprache. Er **forderte** die Menschen auf, weiter **gegen** die „**unrechtmäßige Diktatur**“ des Militärs **auf** die **Straße** zu **gehen**.

Der Auftritt des Politikers ist ein wichtiger Schritt der Parlamentariergruppe, die sich nach der Verhaftung der politischen Führung selbst zur **faktischen Gegenregierung** zum Militärregime ernannt hat. Sie bezeichnet sich nach der landessprachlichen Bezeichnung für Myanmar Parlament als „Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw“ (CRPH).

Des „Hochverrats“ **bezieht**

Die Untergrundabgeordneten hatten zuvor schon vier Minister ausgewählt, von denen die meisten mehrere Funktionen übernehmen, und einen eigenen UN-Gesandten. Der 68 Jahre alte Vizepräsident gehört wie die meisten Mitglieder des Komitees der einst von Aung San Suu Kyi gegründeten Nationalliga für Demokratie (NLD) an. Die Partei hatte bei der Wahl im November mehr als 80 Prozent der verfügbaren Sitze im Parlament errungen.

Die **Militärregierung**, die das Wahlergebnis nicht anerkennt, **bezieht** das Komitee des „**Hochverrats**“. Dafür haben die **Parlamentarier** das **Militär als Terrororganisation eingestuft**. Dass es Terror ausübt, zeigt sich derzeit täglich auf Myanmar Straßen. Allein an diesem Wochenende sind laut der Nachrichtenagentur Reuters 18 Menschen durch Schüsse von Polizei und Militär getötet worden. Am Sonntag starben in der größten Stadt Yangon drei Menschen, zwei weitere Tote gab es in anderen Städten. Am Samstag waren 13 Menschen getötet worden.

Nach Angaben einer Menschenrechtsgruppe wurden bisher mehr als 80 Menschen getötet und über 2100 festgenommen. Einem UN-Vertreter zufolge könnten die Taten des Militärs womöglich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden.

Versteckt vor den Sicherheitskräften

Die Bilder der Straßenschlachten finden teilweise auch den Weg in die internationale Berichterstattung. Einige wichtige Entwicklungen der vergangenen Wochen haben sich aber im Untergrund abgespielt. In Folge der Machtübernahme des Militärs müssen sich viele Politiker, Aktivisten und Kritiker der Junta vor den Sicherheitskräften verstecken.

Im Gespräch mit der F.A.Z. äußerte sich ein Myanmar, der der NLD nahesteht und an der Koordinierung der Bemühungen beteiligt ist. Aus Sicherheitsgründen kann sein Name nicht genannt werden. Er selbst wechselt seit Wochen immer wieder seine Standorte, Kommunikationsmittel und Verbindungsleute. Wie der Mann berichtete, liege ein Schwerpunkt der Widerstandsbewegung auf den Verhandlungen mit Parteien ethnischer Minderheiten sowie den ethnischen Rebellenarmeen. Dabei sollen die Vertreter der NLD den ethnischen Rebellen in zwei entscheidenden Punkten entgegengekommen sein.

So habe sich die NLD der Forderung vieler ethnischer Gruppen nach einer Revision der Verfassung aus dem Jahr 2008 und der Einführung eines föderalistischen Systems in Myanmar angeschlossen. Damit sei einer engeren Kooperation im Kampf gegen das Militär der Weg bereitet. Dies wurde auch von Mahn Win Khaing Than am Samstag in seiner Rede bestätigt: „Diese Revolution ist die Gelegenheit für uns, unsere Bemühungen zu vereinen“, sagte der Politiker.

Wie viele andere NLD-Mitglieder versteckt sich auch der Vizepräsident der Gegenregierung an einem unbekanntem Ort. Wie der NLD-nahe Koordinator der F.A.Z. bestätigte, gibt es allein in Yangon mehrere Dutzend Häuser und Wohnungen, die als Unterschlupf für untergetauchte Politiker und Aktivisten dienen. Der Mann ist seinen Angaben nach selbst für etwa ein Dutzend solcher Rückzugsräume zuständig. Sie seien so ausgestattet, dass die Untergetauchten rund eineinhalb Monate überleben könnten. Aus Sicherheitsgründen wechselten sie aber regelmäßig ihre Standorte. Was passieren kann, wenn jemand in die Hände der Sicherheitskräfte gerät, hat sich in der vorigen Woche gezeigt. Zwei NLD-Vertreter, die am Abend festgenommen wurden, waren am nächsten Tag tot. Ihre Leichen waren von Spuren schwerer Misshandlung gezeichnet.

Frankfurter Allgemeine (Internet)

Zusammenfassung

Am Samstag sprach die Gegenpartei zum Volk und stufte das Militär als Terrororganisation ein. Dies reagiert mit Hochverratsvorwürfen, auch wenn ein UN-Vertreter bereits von einem Verbrechen gegen die Menschheit spricht. Denn die Todeszahl liegt bei 80 und über 2100 Menschen wurden inhaftiert. Die Mitglieder der Gegenpartei haben viele wechselnde Unterschlüpfe. Bei Festnahmen werden sie misshandelt und getötet.

SÜDOSTASIEN

Myanmar: Militär schießt auf Sitzblockaden

Die abgesetzte Zivilregierung ruft das Volk in Myanmar zum Protest auf. Unterdessen gehen die Sicherheitskräfte im ganzen Land weiter mit Gewalt gegen Demonstrierende vor - mindestens weitere 13 Menschen wurden getötet.



Sitzblockade in der Stadt Yangon (früher: Rangun)

Menschen sollen sich rechtmäßig gegen das Militär verteidigen. Dazu werde die abgesetzte Zivilregierung neue Gesetze erlassen, sagte der geschäftsführende Chef der vom Militär abgesetzten Regierung Myanmars in einer Rede, die über das Social-Media-Netzwerk Facebook verbreitet wurde.

Mahn Win Khaing Than, der sich wie die meisten führenden Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei Nationale Liga für Demokratie (NLD) auf der Flucht befindet, sprach vom "dunkelste Moment in der Geschichte unserer Nation" und dem "Moment, in dem die Morgendämmerung naht". Mahn Win Khaing Than war an die Stelle der nach dem Militärputsch verhafteten Regierungschefin Aung San Suu Kyi getreten.



Mahn Win Khaing Than Naypyitaw - Chef der abgesetzten Zivilregierung (Archiv)

Bis einschließlich Samstag seien bereits mehr als 80 Menschen bei den Protesten gegen den Militärputsch ums Leben gekommen, meldet die Hilfsorganisation für politische Gefangene (Assistance Association for Political Prisoners). Mehr als 2100 Personen seien verhaftet worden.

Tägliche Massendemonstrationen

Allein am Samstag wurden mindesten 13 Menschen bei Protesten getötet. In Mandalay, der zweitgrößten Stadt des Landes, eröffnete die Polizei das Feuer auf einen Sitzstreik, wie Augenzeugen der Nachrichtenagentur Reuters berichteten. Dabei seien fünf Menschen getötet und mehrere weitere verletzt worden.



Demonstranten in Mandalay, der zweitgrößten Stadt des Landes

Nationale Medien berichteten außerdem über weitere Tote in der Wirtschaftsmetropole Yangon (früher: Rangun) und in der Stadt Pyay, wo die Polizei ebenfalls geschossen haben soll.

Seit das Militär in Myanmar Anfang Februar die Macht an sich gerissen und die zivile Regierung abgesetzt hat, kommt es praktisch täglich zu Massendemonstrationen. Die Demonstranten fordern die Freilassung und Wiedereinsetzung der gestürzten De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi.

dw (Internet)

Zusammenfassung

Der Chef der abgesetzten Zivilregierung fordert das myanmarische Volk auf, weiter gegen die Militärjunta zu protestieren. Dafür will er neue Gesetze erlassen. Besonders nach der Schießerei auf eine friedliche Sitzblockade seitens der Polizei ist die Zivilregierung bestrebt, dies durchzusetzen. Mittlerweile sind laut einer Hilfsorganisation mehr als 80 Menschen getötet und mehr als 2100 Menschen verhaftet worden.

2.5 Artikel vom 15.03.2021

Seit Putsch in Myanmar **mindestens 138 Demonstranten getötet**

Erschienen am 15.03.2021



Demonstranten stehen vor rauchenden Trümmern einer provisorischen Barrikade bei einem Anti-Putsch-Protest in Yangon. Myanmarische Sicherheitskräfte haben heute erneut Waffengewalt gegen eine Demonstration gegen die Militärjunta eingesetzt. Foto: Uncredited



Demonstranten umringen einen Verletzten bei einem Protest gegen den Militärputsch in Yangon. Foto: Uncredited

Am Wochenende hat die Brutalität der Junta in Myanmar einen neuen Höhepunkt erreicht. Es gibt **Dutzende Tote und Verletzte. Die Lage wird immer unübersichtlicher.**

Yangon (dpa) - In Myanmar sind bei Massenprotesten seit dem Putsch der Militärjunta Anfang Februar nach **Angaben der Vereinten Nationen** mindestens 138 Demonstranten getötet worden. Darunter seien **auch Frauen und Kinder**, sagte ein UN-Sprecher am Montag in New York unter Berufung auf Zahlen des Kommissariats für Menschenrechte der Organisation. Die **Lage** in dem asiatischen Land habe sich zuletzt über das Wochenende weiter **zugespitzt** - die UN sprachen von 18 getöteten Demonstranten am Samstag und 38 am Sonntag.

UN-Generalsekretär António Guterres **verurteile** die anhaltende **Gewalt gegen friedliche Demonstranten** und die **Verletzung von Menschenrechten** scharf. Zudem **rufe** er die **internationale Gemeinschaft** erneut **zur Unterstützung** der Menschen in Myanmar und ihrem **Streben nach Demokratie auf**.

Das Nachrichtenportal Myanmar Now berichtete für Sonntag unter Berufung auf drei Krankenhäuser von 59 Toten und 129 Verletzten allein in der ehemaligen Hauptstadt Yangon (früher Rangun).

Trotz des brutalen Durchgreifens der Einsatzkräfte gingen auch am Montag **wieder landesweit Tausende** Menschen auf die Straßen. Die Zeitung «The Irrawaddy» berichtete, dass dabei in Myingyan und in Mandalay im Norden mindestens vier Demonstranten erschossen wurden, in **Yangon** im Süden mindestens zwei. In Teilen der Millionenstadt **verhängte** das **Militär** das **Kriegsrecht**, so das staatliche Fernsehen. Damit werden diese Viertel nun komplett von der Armee verwaltet, die dort Menschen etwa vor ein Kriegsgericht stellen kann.

Vorausgegangen waren **Brandanschläge auf mehrere chinesische Textilfabriken** in Yangon. Zahlreiche chinesische Arbeiter seien dabei am Sonntag verletzt worden, teilte die **chinesische Botschaft** auf **Facebook** mit. Sie **forderte** die Behörden **auf**, **chinesische Geschäfte** und

chinesische Staatsbürger zu beschützen. Wer die Feuer gelegt hatte, ist unklar. «Das Militär hat Angst vor der chinesischen Regierung, deshalb will es Eigentum Chinas beschützen, nicht aber die Leben von uns Zivilisten», sagte Nay Min Khant, ein Bürger aus Yangon, der Deutschen Presse-Agentur.

Im früheren Birma hatte sich das Militär am 1. Februar an die Macht geputscht. Seitdem gibt es immer wieder neue Massenproteste. Die Demonstranten fordern die Rückkehr zu demokratischen Reformen und die Wiedereinsetzung der Regierung Suu Kyis. Die 75-Jährige hatte die Parlamentswahl im November klar gewonnen. Sie sitzt im Hausarrest und muss sich wegen verschiedener Vorwürfe vor Gericht verantworten.

Die UN-Sondergesandte für Myanmar, Christine Schraner Burgener, zeigte sich bestürzt über die Tötung von immer mehr Demonstranten und forderte internationale Solidarität mit ihnen. Sie habe persönlich von Kontakten in Myanmar «herzerreißende Berichte über Morde, Misshandlungen von Demonstranten und Folterungen von Gefangenen» gehört, hieß es in einer Mitteilung. Zahlreiche Fotos in sozialen Netzwerken zeigten trauernde und verzweifelte Bürger, die sich über die Leichen ihrer Angehörigen beugen.

Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Myanmar, Tom Andrews, schrieb auf Twitter: «Junta-Führer gehören nicht an die Macht, sie gehören hinter Gitter.» Die Generäle müssten von Finanzmitteln und dem Zugriff auf Waffen abgeschnitten werden. «Ich appelliere an die UN-Mitgliedstaaten, meinem Aufruf zum Handeln zu folgen», so Andrews.

Eine für Montag geplante neue Anhörung Suu Kyis musste derweil wegen fehlenden Internetzugangs auf den 24. März verschoben werden, wie das Portal Eleven Myanmar unter Berufung auf ihren Anwalt Khin Maung Zaw schrieb. Suu Kyi wird bei ihren Anhörungen jeweils per Video dem Gericht zugeschaltet.

Das Militär hatte das Internet zu Wochenbeginn in weiten Landesteilen sperren lassen, das Netz funktionierte etwa in Yangon nur sporadisch. Es war das erste Mal, dass das Internet auch tagsüber blockiert wurde, nachdem es bereits seit Wochen jede Nacht gesperrt wird.

Suu Kyi werden mehrere Vergehen zur Last gelegt, darunter vor allem Anstiftung zum Aufruhr sowie Verstöße gegen die Außenhandelsgesetze und das Katastrophenschutzgesetz des Landes. Bei den ersten beiden Justizterminen durfte sie sich nicht von einem Anwalt vertreten lassen. Suu Kyi hatte in der Vergangenheit bereits insgesamt 15 Jahre im Hausarrest gesessen.

Freipresse (Internet)

Zusammenfassung

Über das Wochenende ist laut der UNO die Todeszahl auf 138 gestiegen, alles friedliche Demonstranten. Nach Brandanschlägen auf chinesische Fabriken in Yangon verhängte das Militär dort das Kriegsrecht. Um die Anhörungen der ehemaligen Regierungschefin zu verzögern, wurde durch die Junta, nicht nur wie sonst nachts, das Internet gesperrt. Trotzdem gehen die Demonstrationen weiter und Funktionsträger innerhalb der UNO verurteilen die anhaltende Gewalt und rufen zu internationaler Solidarität auf.

Findet gerade ein „ostasiatischer Frühling“ statt?

Myanmar lernt von der Demokratiebewegung in Hongkong

Nach dem Putsch in Myanmar verschaffen sich die Menschen auf kreativem Weg Gehör. Doch die Junta antwortet mit Brutalität – auf der Straße wie im Internet.

NINA BREHER MARIA KOTSEV



Große Beteiligung bei der Beerdigung der getöteten Demonstrantin Kyal Sin. FOTO: REUTERS /STRINGER

Wenige Augenblicke vor ihrem Tod kauert die 19-jährige Kyal Sin auf dem Boden. „Wir werden nicht wegrennen“, ruft sie in einem Video, das in den sozialen Medien kursiert. „Das Blut unserer Leute soll den Boden nicht erreichen.“

Nur wenige Momente später ist es ausgerechnet ihr Blut, das auf die Straßen von Mandalay tropft. Eine Kugel des Militärs trifft Kyal Sin am 3. März in den Kopf. Auf ihrem T-Shirt steht „Everything will be OK“ - „Alles wird gut“.

Einhalb Monate nach dem Putsch, bei dem das Militär mitten in der Nacht ausrückte und amtierende Politiker festnahm, Regierungschefin Aung San Suu Kyi entmachtete und somit de facto die Macht ergriff, ist wenig „gut“: Seitdem befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Pro-demokratische Proteste und Streiks halten seit dem 1. Februar an, ebenso die Gewalt, mit der das Militär auf sie reagiert. Der Hilfsorganisation für politische Gefangene zufolge sind bisher 126 Menschen ums Leben gekommen, mindestens 1800 sind inhaftiert.

Das Militär riegelt Nachbarschaften ab und schießt mit scharfer Munition. In mehreren Teilen des Landes verhängt die Junta wenige Tage nach ihrer Übernahme das Kriegsrecht. Am Sonntagabend weitet sie es auf zwei Stadtteile der größten Stadt Yangon aus.

Bunter Protest: Straßenblockaden aus Frauenkleidung

Auf die Brutalität der Militärjunta antworten die Menschen mit entschiedenem Protest und mitunter kreativen Strategien. Die ermordete Frau mit dem „Everything will be OK“-Shirt ist mittlerweile zur Symbolfigur geworden: Zeichnungen, Fotos und Videos kursieren von ihr in den sozialen Medien, Tausende Aktivisten kamen zu ihrer Beerdigung.



Kyal Sin ist zu Boden gestürzt. Noch am selben Tag wurde sie vom Militär in Myanmar erschossen.
FOTO: REUTERS/STRINGER

Auf den Straßen ist der Protest – mag er noch so brutal erwidert werden – einfallsreich und bunt. Um zu verhindern, dass die Polizei Straßensperren der Demonstranten durchquert, hängen sie traditionelle Frauenkleidung auf einer Wäscheleine über die blockierten Straßen. Ein Aberglaube im Land besagt, dass der sein Glück verliert, wer darunter entlangläuft.

Jason Franz arbeitet am Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung und beobachtet die Proteste. Er sieht eine „breite Protestbewegung, die unterschiedlichste Klassen und Berufsgruppen einschließt“.

Lehrer, Krankenhauspersonal und große Teile der Beamtenschaft hätten sich den Streiks bereits angeschlossen, solidarische Nachbarschaften und Gemeinden hätten den Wegfall staatlicher Strukturen bislang aufgefangen und den von der Junta installierten Regionalräten teilweise eigene Ersatz-Institutionen gegründet.

Berichten zufolge laufen kommunale Verwaltungsbeamte und Polizisten zu den Demonstranten über und stellen sich der Junta entgegen. Die Demonstranten hätten großen Rückhalt in der Bevölkerung, sagt Franz. Ihre größte Hoffnung angesichts der Übermacht des Staates: „Die Sicherheitskräfte zum Überlaufen bringen.“ Bislang sei das aber nur für Teile der Polizei berichtet worden.

Parallelen zu Hong Kong und Thailand

Vieles von dem, was sichtbar ist, erinnert an die Proteste in Hongkong und die junge Demokratiebewegung in Thailand, die gegen die Gängelung der Opposition auf die Straße geht: Protestformen wie Flashmobs, spontane und dezentral organisierte Versammlungen, aber auch Symbole wie Regenschirme sind in allen drei Ländern zu beobachten. Gelbe Bauhelme und Skibrillen gegen Tränengas gehören ebenso zum Protest-Repertoire der Aktivisten aus der Sonderverwaltungszone Hongkong.



Eine Frau zeigt während der Beerdigung der Demonstrantin Kyal Sin weinend den Drei-Finger-Gruß, ein Symbol des Widerstands. FOTO: STR/AP/DPA

Sie protestierten seit Sommer 2019 gegen einen Gesetzesentwurf, der unter anderem die Auslieferung von Gefangenen an die Volksrepublik China ermöglicht hätte. Die Aktivist:innen befürchteten, dass Peking so immer stärker Einfluss auf Hongkongs liberales und unabhängiges Rechtssystem hätte nehmen können – und übten durch ihre Proteste so großen Druck aus, dass das Vorhaben im Oktober 2019 zurückgezogen wurde.

Die Proteste flammten im Sommer 2020 wieder auf, als China das sogenannte Sicherheitsgesetz verabschiedete, das die Festnahme Dutzender Politiker:innen und Demokratieaktivist:innen zur Folge hatte.

Die **Parallelen** zwischen Hongkongs pro-demokratischer Bewegung und den Protesten in Myanmar sind **kein Zufall**. „Protesthandbücher aus Hongkong zirkulieren auf burmesisch“, sagt Konfliktforscher Franz. Und aus Thailand haben die Demonstranten längst den sogenannten Dreifingergruß übernommen – eine Geste, bei der drei Finger in die Luft gestreckt werden und die thailändischen Demonstranten bei pro-demokratischen Protesten beliebt gemacht haben.



Aktivist:innen bilden eine Straßenbarrikade in Causeway Bay, Hongkong am 11. November 2019. FOTO: REUTERS/THOMAS PETER

Ursprünglich stammt sie aus dem Film „Die Tribute von Panem“. Ende Februar erreichte der **Dreifingergruß** sogar die **UN-Generalversammlung**: Der Repräsentant aus Myanmar beendete seine Rede mit drei in die Höhe gestreckten Fingern.

Findet gerade ein „ostasiatischer Frühling“ statt?

Hongkong, Thailand und jetzt Myanmar: In Ostasien häufen sich die Proteste, manche sprechen sogar von einem „ostasiatischen Frühling“, zumindest kursiert der Hashtag **#EastAsianSpring** in den sozialen Medien. Er mag zum jetzigen Zeitpunkt eher **Ausdruck einer Hoffnung** sein. Dennoch sei die zeitliche Nähe der Proteste in **Hongkong, Thailand, Indonesien**, auf den **Philippinen** und jetzt in **Myanmar** kein Zufall. „Diese **Protestwelle** lässt sich auch als Reaktion auf die vorangegangene Autokratisierungswelle in der Region verstehen“, sagt Franz.

Die **Regime** würden dabei „in vielen Fällen nach demselben autokratischen Handbuch“ agieren, erklärt der Experte weiter. Auf der Seite der Machthaber sei in den vergangenen Jahren „**Korruption** auf höchster Ebene **mit** zunehmender **Unverfrorenheit** und **Gleichgültigkeit**“ in Erscheinung getreten, zugleich **verschärfen** sich **sozioökonomische Konflikte** in den Ländern. Diese hätten auch eine transnationale Dimension. So protestierten jüngst etwa myanmarische Migrantinnen gemeinsam mit thailändischen Protestierenden vor der Botschaft Myanmars in Bangkok.

„Die **Demonstranten** in Myanmar **müssen vorsichtiger** sein.“

Trotz aller Anleihen, Überschneidungen und Solidaritätsbekundungen gibt aber auch es **Unterschiede**. Einerseits, erklärt Franz, sei die Bewegung in Myanmar breiter als etwa in Hongkong, wo sie vor allem von Studierenden vorangetrieben werde.

Andererseits „konnten sich die Protestler in Hongkong generell darauf verlassen, dass ihre Gegner nicht scharf schießen“. Das sei in Myanmar nicht der Fall, schließlich geht die Junta seit Anfang März mit tödlicher Gewalt gegen die Aktivisten vor. „Die Demonstranten dort müssen vorsichtiger sein.“

Die Demokratiebewegung Myanmars nutzt deshalb **soziale Medien** wie Facebook und seit kurzem auch Twitter, sowie **Messengerdienste** wie Whatsapp und Signal, **um international** auf sich **aufmerksam** zu machen. Demonstranten laden Szenen von Polizeigewalt und brutalen Festnahmen auf den Plattformen hoch:

Auf einem Video kniet eine Nonne vor bewaffneten Polizisten nieder, bittet sie, Aktivisten zu verschonen, denen sie Schutz geboten hat, bietet an, die Polizisten sollen auf sie schießen statt auf die Jugendlichen. Zwei der Polizisten gehen daraufhin vor ihr in die Knie. „Ich war verzweifelt“, sagte einer später dem britischen Nachrichtensender BBC.

Kurze Zeit später eröffnen die Beamten trotzdem das Feuer, ein junger Demonstrant kam ums Leben. Solche Videos, oder Szenen von Klatschprotesten, wie etwa in einer Nähfabrik in der Stadt Yangon, verbreiten sich schnell via Twitter.

Die Strategie zeigt bereits Wirkung: Kurz nach Beginn der Proteste Anfang Februar **solidarisierten** sich **Netzaktivist:innen** aus Hongkong unter dem Hashtag „**#MilkTeaAlliance**“ mit der Bewegung in Myanmar. Der war eigentlich im Frühjahr 2020 entstanden, als Antwort auf die rasant wachsende Zahl chinesischer Internet-Trolls, hatte sich zu einer pan-asiatischen Online-Protestbewegung über die Grenzen **Hongkongs, Thailands** und **Taiwans** hinweg entwickelt.

Was alle drei Länder gemeinsam haben, ist die Leidenschaft für Grüntee mit Milch – in Deutschland auch als Bubble Tea bekannt. Jetzt wurde auch Myanmars Online-Protestgemeinde in die Allianz aufgenommen.

Zensur⁴ und Repression⁵: Wie die Militärjunta das Internet drosselt

Doch so symbolisch bedeutend dieser Akt der überregionalen Solidarität auch sei – man sollte ihn nicht überbewerten, sagt Konfliktforscher Franz. Die Milk Tea Alliance sei „primär ein Online-Zusammenschluss“. **Viel entscheidender** als die **Proteste** seien Franz zufolge in Myanmar die **umfassenden** und **ausdauernden Streiks**, auch wenn diese als „Nichthandeln“ weniger mediale Aufmerksamkeit auf sich zögen.

Das Internet könne in Myanmar nicht so sehr Grundlage der Protestorganisation sein wie in Hongkong, wo die Abschaltung des **Internets** nie eine Option wäre. In Myanmar hingegen kann das **Regime** es hingegen einfach **abstellen**.

So geschah es bereits in der Nacht des Putsches. Seit Mitte Februar unterbricht die Junta seit 28 Nächten in Folge die Internetverbindung im Land. Das zeigen Daten der beiden Internet-Watchdogs „Netblocks“ und „Open Observatory of Network Interference“ (OONI) übereinstimmend.

In Hongkong wäre das wohl nicht ohne weiteres möglich: Würde die dortige Regierung das Internet breitflächig zensieren, stünde seine Rolle als internationales Finanzzentrum und Tech-Standort auf dem Spiel.

Myanmars Militärjunta hingegen schuf schnell nach dem Putsch die technischen und rechtlichen Grundlagen für die **Internetzensur**: Sie forderte Internetprovider in Myanmar auf, Facebook, Twitter und Instagram zu blocken. Und die kamen dem nach – was seitdem eine Migration der Aktivist:innen von Plattform zu Plattform bewirkt.

⁴ Zensur = eingeschränkte Pressefreiheit

⁵ Repression = steht für Willkür, Unterdrückung und Machtmissbrauch

Doch die Seiten sind offenbar nicht durchgängig geblockt, wie OONI-Daten zeigen. An einigen Tagen –wie am 24. und 25. Februar – waren die Dienste Whatsapp und Facebook teilweise erreichbar. Auch die Enzyklopädie Wikipedia und zahlreiche Nachrichtenseiten sind von Blockierung betroffen.

Gesetz stellt „Falschinformationen“ unter Strafe

Außerdem erweiterte die Führung zwei Wochen nach ihrer Machtübernahme das myanmarische „Electronic Transactions Law“ und stellte die Verbreitung von „Falschinformationen“ im Internet unter Strafe. Bis zu **drei Jahre Gefängnis** können die Folge sein.

Protest und unliebsame Meinungen auf diese Art zu unterdrücken, ist nicht neu: Seit der Massenproteste in Russland im Jahr 2012 schränkte Präsident Wladimir Putin die Meinungsfreiheit im Internet mit einer Reihe von Gesetzen zunehmend ein. Ägyptens Präsident Abd al-Fattah al-Sissi hatte ein ähnliches Gesetz wie in Myanmar 2018 genehmigt. Die Türkei verschärfte erst im Sommer 2020 die Kontrolle sozialer Medien.

„Wir **steuern in ein dunkles Zeitalter zurück**“, sagte Zayar Hlaing, der Chefredakteur des ersten unabhängigen Investigativmagazins in Myanmar, „Mawkun“, zu der Gesetzeserweiterung. Denn, was Falschinformationen sind und was die Wahrheit, sei ab jetzt Auslegung des Regimes. Umso **wichtiger ist für den Erfolg** der Demokratiebewegung, dass der **Widerstand analog** in den einzelnen Nachbarschaften **vernetzt** ist. „Die Bevölkerung steht füreinander ein, Nachbarn verhindern Verhaftungen, organisieren sich - das ist beeindruckend“, sagt Konfliktforscher Franz.

„Der **breite zivile Ungehorsam** der Bevölkerung nach dem Putsch ist **Anlass zu neuer Hoffnung** für die Demokratisierung Myanmars - trotz der gewaltigen Probleme, die noch überwunden werden müssen. Gerade auch mit Blick auf die Minderheitenkonflikte des Landes.“ Die Demokratisierung erfolge „von unten und nicht mehr unter der Vormundschaft des Militärs von oben.“

Doch die Erfahrung zeigt: Wie bei vielen anderen **Demokratie-Protesten** auf der Welt könnte die Bewegung **bis zur Bedeutungslosigkeit unterdrückt** werden. Ob „alles gut“ wird, wird sich also erst noch zeigen müssen.

Tagesspiegel (Internet)

Zusammenfassung

Die Proteste in Myanmar werden mit anderen Demonstration von ostasiatischen Ländern verglichen. Die Strategien der Proteste wird dabei bewundert, die Unvorsichtigkeit der Demonstranten gegenüber der realen Gefahr kritisiert. Am Ende wird die Bedeutung der analogen Vernetzungen gegenüber der digitalen hervorgehoben. In naher Zeit wird sich zeigen, ob die Protestbewegungen Wirkung zeigen oder erfolgreich unterdrückt werden.

3. Diskussionsfrage und Statement

Soll sich die Bundesrepublik Deutschland für ein Land einsetzen, welches am anderen Ende der Welt liegt und von geringem wirtschaftlichen Interesse ist?

Ich vertrete die Meinung, dass Deutschland unabhängig von der wirtschaftlichen Bedeutung Myanmars aktiver die Zivilbevölkerung unterstützen sollte.

Denn neben einer möglichen Machtverschiebung in Südostasien zu Gunsten Chinas, geht es doch vor allem darum, das Militär und dessen Brutalität einzuschränken. Als demokratischer Staat sollte es immer von Interesse sein, weltweit Staaten beim Aufbau einer Demokratie zu unterstützen. Besonders wenn die Bevölkerung für diesen Aufbau ihr Leben riskiert und monatelang demonstriert.

Ich finde es sehr loblich, wie unsere Bundesregierung sich für den polnischen Journalisten einsetzt. Doch das kann nur der Anfang sein. Es gibt einige sehr unterschiedliche Möglichkeiten, wie eine Unterstützung gewährleistet werden kann:

In einem der beiden Artikel vom 15.03.2021 wurde erwähnt, dass die Gefahr des Vergessens besteht. Um dem entgegenzuwirken, sollte auf eine regelmäßige Berichterstattung geachtet werden.

Das Militär sollte nicht als rechtmäßige Regierung anerkannt werden, um ein (stilles) Einverständnis zu vermeiden. Vielleicht sollte auch geprüft werden, inwieweit gezielte Sanktionen gegen hochrangige Offiziere verhängt werden können. Auch somit könnte eine Missbilligung verdeutlicht werden.

Deutschland könnte auch einen schnelleren Weg für politisches Asyl für Überläufer aus Militär und Polizei anbieten. Damit könnte man Folterung und Ermordung von Überläufern entgegenwirken, so wie es laut einem Artikel vom 14.03.2021 ehemaligen NDL-Politikern ergangen sein soll.

Finanzielle Mittel sollten der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Diese könnten verwendet werden, um beispielsweise medizinische Materialien (Medikamente, Verbände) oder Nahrung anzuschaffen.

In dem Artikel vom 14.03.2021 nennt die UN die Situation in Myanmar ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Daher denke ich, dass die Bundesregierung ihren Einfluss im UN-Sicherheitsrat nutzen sollte, um eine stärkere Verurteilung des Militärputsches auch gegen die Vetos von China und Russland zu erreichen.

Ich finde, Deutschland darf dem Morden nicht nur zuschauen und muss rechtzeitig anfangen, effektiv zu handeln.

4. Quellenangaben

Information:

Cuddy, Alice: Myanmar coup: What is happening and why? (16.03.2021), URL: <https://t1p.de/dk2x>

Wikipedia: Myanmar (16.03.2021), URL: <https://t1p.de/noj1>

Artikel:

Breher, Nina und **Kotsev, Maria:** Findet gerade ein „ostasiatischer Frühling“ statt? - Myanmar lernt von der Demokratiebewegung in Hongkong (15.03.2021), URL: <https://t1p.de/31he>

Deutschlandfunk, Redaktion: Myanmar - Erneut Tote bei Demonstration (13.03.2021), URL: <https://t1p.de/d0dd>

dpa, Redaktion: ASIEN Myanmar: "Sie töten ihr eigenes Volk" (13.03.2021), URL: <https://t1p.de/tqlo>

dw, Redaktion: SÜDOSTASIEN - Myanmar: Militär schießt auf Sitzblockaden (14.03.2021), URL: <https://t1p.de/i2qn>

Fähnders, Till in faz: NACH DEM PUTSCH IN MYANMAR - Der Widerstand organisiert sich im Untergrund (14.03.2021), URL: <https://t1p.de/9xcs>

Frankfurter Allgemeine, Reuters/dpa: Proteste in Myanmar - Polizei streckt Demonstranten offenbar per Kopfschuss nieder (11.03.2021), URL: <https://t1p.de/zb6b>

Freiepresse - Redaktion: Seit Putsch in Myanmar mindestens 138 Demonstranten getötet (12.03.2021), URL: <https://t1p.de/m74z>

Reuters: Wieder Proteste in Myanmar - Südkorea stoppt militärische Zusammenarbeit (12.03.2021), URL: <https://t1p.de/yzaa>

RND/dpa, Redaktion: Myanmar: Tausende bei Nachtwache in Yangon - trotz Ausgangssperre (12.03.2021), URL: <https://t1p.de/sdze>

Tagesschau, Redaktion: Proteste in Myanmar - Wieder Gewalt und wieder Tote (11.03.2021), URL: <https://t1p.de/je3t>